Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 51 — Mittwoch, den 2. März 1921 — 49. Jahrgang

Die französischen Ententepläne.

Besetzung bis Dortmund.

(TU) Ueber die französischen Operationspläne verlautet aus angeblich guter Quelle, daß die Belgier im Falle militärischer Sanktionen die Gegend bis Dortmund besetzen wollen, während die Franzosen nach Frankfurt a. M. gehen wollen, um von dort aus nach Süddeutschland vorzudringen, und zwar sogar bis München. Die Einwohnerwehren sollen dann gewaltsam aufgelöst werden.

Deutschland bietet 50 Milliarden Goldmark an.

(TU) Die Agence Fournier berichtet aus London: Die Konferenz trat gestern morgen um 11½ Uhr unter dem Vorsitz von Lloyd George zusammen. Die deutsche Delegation wurde sofort eingeführt und Dr. Simons begann unverzüglich seinen Vortrag. Er hat die deutschen Gegenvorschläge unterbreitet, die für die Alliierten vollständig unannehmbar sind. Nach dem heutigen Wechselkurs würde sich die Entschädigung, die Dr. Simons vorgeschlagen hat, auf 50 Milliarden Goldmark belaufen. Von diesen 50 Milliarden behauptet die deutsche Delegation, daß zwanzig Milliarden bereits durch verschiedene Restitutionen abgezahlt sind, sodaß nur noch dreißig Milliarden in Gold zu zahlen wären. Der Vortrag Dr. Simons hat auf die Konferenz einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Lloyd George war höchst unzufrieden und erklärte, daß der deutsche Vorschlag zeigte, daß die deutsche Regierung die politische Lage nicht verstände. Die Sitzung dauerte bis 1¼ Uhr. Die Alliierten werden eine getrennte Sitzung abhalten und wahrscheinlich morgen der deutschen Delegation die Antwort der Alliierten bekanntgeben. Lloyd George hat die alliierten Sachverständigen, insbesondere Marschall Foch, aufgefordert, sich in ihren Hotels bereit zu halten, um auf den ersten Ruf des Präsidenten der Konferenz bereit zu sein.

Aus dem Verlauf der ersten Sitzung.

(TU) Die erste Sitzung begann um 11 Uhr 50 Minuten. Lloyd George bewillkommnete die deutschen Delegierten mit Handschlag. Er redete mit Dr. Simons ein paar freundliche Worte. Der englische Premierminister sprach dann ein paar einleitende Worte. Es gebe Schwierigkeiten zu überwinden bei der Ausführung des Friedensvertrages. Es gelte, Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken. Er hoffe, daß die in Spaa angewandte Methode des mündlichen Verhandelns sich auch in London bewähren werde. Lloyd George spricht liebenswürdig und verbindlich. Der nun folgenden Rede Dr. Simons folgt er mit großer Aufmerksamkeit und läßt sich wichtige Punkte wiederholen. Chamberlain unterstützt ihn lebhaft. Besonders die Annuitätenfrage interessiert ihn. Briand verhält sich ziemlich passiv; seine Bemerkungen bleiben unverständlich. Loucheur zeigt seine Interesselosigkeit an den deutschen Gegenvorschlägen deutlich. Nach der Rede Simons ist der Ton Lloyd Georges deutlich verschärft, ja schroff. — Die Verbündeten werden wahrscheinlich der deutschen Abordnung heute ihre Antwort zu erkennen geben. Lloyd George hat die Verbündeten und namentlich die militärischen Sachverständigen und Marschall Foch, sich bereit zu halten, dem ersten Rufe des Präsidenten der Konferenz Folge zu leisten.

Niederschmetternder Eindruck?

(TU) In den Brüsseler Pressemitteilungen wird der Eindruck der Darlegungen Dr. Simons bei der Konferenz möglichst niederschmetternd dargestellt. Es wird gemeldet, daß Lloyd George am Schluß der Sitzung zu einem der Delegierten gesagt habe, daß, wenn die Sitzung andauere, die Alliierten noch hören würden, daß sie zu zahlen hätten. Zugleich hebt es aber, daß Lloyd George und ein Teil der übrigen Anwesenden die Bedeutung des Angebots nicht sofort begriffen hätten. Nach den hier vorliegenden Darstellungen bedeutet das Angebot von Dr. Simons eine Gesamtleistung Deutschlands in den nächsten 30 Jahren im Betrage von einhundertfünfzig Milliarden Goldmark

Die Besprechung in Chequers.

(TU) Reuter verbreitet folgende offiziöse Mitteilung über die Besprechungen auf dem Landsitz Chequers: Als Folge der Unterhaltung, die zwischen den Premierministern stattfand und gemäß den Informationen, die Lloyd George durch den englischen Botschafter Lord d'Abernon über die Lage in Deutschland erhalten hat, wird die Haltung der Alliierten auf der Konferenz sehr festsein. Die Herren Lloyd George und Briand haben beschlossen, sehr energisch die Zahlung der Wiedergutmachung seitens Deutschlands zu fordern. Obgleich sie geneigt sind, die Argumente des deutschen Außenministers anzuhören, wird keiner von ihnen auf Grund der Informationen, die sie besitzen, wichtige Konzessionen an die Deutschen machen.

Sämtliche in Paris eingetroffenen Nachrichten fordern einmütig Sanktion im Falle einer abschlägigen Antwort Deutschlands an London. Aus der Berufung Marschall Fochs und Wilson wird Beschluß gezogen, daß die militärischen Sanktionen als allein wirksam beachtet werden. Der einzige Punkt, der zum Gegenstand von Verhandlungen werden könnte, ist die Frage, ob die Sanktionen vor dem 1. Mai in Kraft treten sollen.

Reichstag.

(Sitzung vom 1. März.)

Abg. Bachmann (D.-V.) bedauert, daß einzelne bayrische Finanzämter auch von den Kosten der Beherbergung, Beköstigung usw. der im Betrieb beschäftigten Arbeiter die Umsatzsteuern erheben. Der Finanzminister läßt erklären, daß das Vorgehen der Finanzämter der Rechtslage entspricht. — Die Aussprache über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Keil (Soz.): Wir hatten erwartet, daß Herr Dr. Helfferich, der Vorkämpfer der Moral, sich zu Beginn der Finanzaussprache über den Fall van den Kerkhoff äußern werde. Wir werden uns mit dieser unsauberen Angelegenheit noch zu beschäftigen haben. Das Ausland behauptet, unser Etat sei aus propagandistischen Gründen stark frisiert. Das muß richtiggestellt werden. In Finanzfragen müssen wir mit offenen Karten spielen. In Brüssel hat man nicht immer die richtige Taktik verfolgt. Der Redner richtet scharfe Angriffe gegen den Staatssekretär Schröder, der behauptet habe, in direkten Steuern sei nichts mehr zu machen, aber die indirekten seien einer Erhöhung fähig. Auch gegen den Achtstundentag hat er seine Giftpfeile abgeschossen. Der Redner führt dann Beschwerde, weil die Besitzsteuern nicht in schärfster Weise durchgeführt werden und bespricht den Fall van den Kerkhoff. Kerkhoff hat die gerichtlichen Siegel von seinem Geldschrank eigenmächtig entfernt und jede Auskunft verweigert. Er hat sich von seinem Finanzamt ein gefälschtes Ehrenzeugnis ausstellen lassen. (Unruhe rechts.) Von besonderem Interesse sind die Mitteilungen des Finanzamtes Düsseldorf über das Bestechungswesen in den Jahren 1916 bis 1918, also in der Zeit Helfferichs. Diese Bestechungsgelder sind bezahlt worden durch kaiserliche Beamte und Offiziere. Wie steht es mit der Steuererklärung des Herrn Stinnes, der sich andauernd weigert seine Steuererklärung selbst zu unterschreiben? (Unruhe rechts.) Ist die Behauptung Erzbergers richtig, daß in dieser Sache eine skandalöse Verschleppungspolitik aus politischen Gründen betrieben worden ist? — Abg. Dr. Helfferich (D.-Nat.): Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat die gegen den Abg. van den Kerkhoff erhobenen Beschuldigungen eingehend geprüft mit dem Ergebnis, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach Lage der amtlichen Ermittelungen nicht erwiesen sind. (Rufen links.) Trotzdem sind diese nicht erwiesenen Vorwürfe in tendenziöser Weise zu politischem Eingreifen benutzt worden. Einer solchen politischen Ausschlachtung fehlt jede Grundlage. Herr van den Kerkhoff hat selbst bei der Staatsanwaltschaft die Untersuchung in allen Fällen beantragt. Unsere Fraktion ist entschlossen, zur vollen Aufklärung des Sachverhaltes auch dadurch beizutragen, daß sie mit aller Entschiedenheit für die Aufhebung der Immunität eintritt. Bei diesem Sachverhalt ist jeder Versuch, das Verhalten Kerkhoffs oder der Partei politisch auszunutzen, als unbegründet und unehrlich zurückzuweisen. Der Redner wendet sich dann gegen den Berichterstatter, den unabhängigen Abg. Dr. Hertz, dem er vorwirft, einen parteiischen Bericht erstattet zu haben. Wir waren Gegner der Steuergesetze; nachdem sie aber verabschiedet worden sind, wollen wir ehrlich für ihre Durchführung sorgen. Das Volk sieht allmählich ein, daß die Arbeiterschaft die Leidtragende ist, wenn man die Ursache der Wirtschaft durch die Häufung der Besitzsteuern totschlägt. Eine Revision der Steuergesetzgebung, namentlich des Lohnabzuges, ist notwendig.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Ich habe mich wiederholt scharf nach rechts wenden müssen, besonders wenn bei wichtigen Steuervorlagen die Rechte mit der äußersten Linken gemeinsam die Opposition bildete, als die Fälle Erzberger-van den Kerkhoff aufs eingehendste untersucht wurden. Ich habe mich streng gehütet, in die schwebende Angelegenheit einzugreifen. Je zurückhaltender ich bin, um so größer werden aber die Angriffe der Rechten. Die „Deutsche Tageszeitung" entblödet sich nicht, zu schreiben, Fall Kerkhoff oder Fall Wirth. Auch der Abg. Helfferich ist nicht freizusprechen von der Schuld, diese Dinge erst in den politischen Streit geworfen zu haben. Das hat er besonders getan durch seine berüchtigte Münchener Rede. Der Vorsitzende des Finanzamtes Bohwinkel, Regierungsrat Kaufmann, hat auf Befragen erklärt, es könne sich nicht um eine gefälschte Ehrenerklärung handeln. Er sei nicht von außen beeinflußt worden, habe aber vielleicht zu sehr seiner inneren Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Im Geschäftsordnungsausschuß werde ich restlos Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit Erzberger geben. Es lag kein Antrag vor, den Staatssekretär Schröder in so scharfer Form anzugreifen. Staatssekretär Schröder war in Brüssel Sachverständiger und als solchem mußte ihm ein gewisser Spielraum gelassen werden, seine Meinung frei zu äußern. Auch die Ansicht des Abg. Keil, als ob unser Etat gewissermaßen frisiert sei, trifft nicht zu. Die ganze Sachlage hat sich lediglich seit dem vorigen Jahr so zu unseren Ungunsten verschoben, daß unser Haushalt tatsächlich so schlecht ist, wie er erscheint. Wir haben nur 15,3 Milliarden für die Besatzungen in den Etat eingestellt, obwohl namentlich die Naturalleistungen weit darüber hinausgehen. Der Etat für 1921 wird im Reichswirtschaftsrat zurzeit beraten. Im Ordinarium werden rund 44,8 Milliarden erforderlich werden, die uns nötigen, die Steuern auf das äußerste anzustrengen. Das ist aber bei der Entente nicht anders. Hierzu kommen die außerordentlichen Ausgaben, die bisher 28 Milliarden betragen und außerdem 26 Milliarden für die Besatzungskosten erfordern, die Tilgung der Anleihen, der Schatzanweisungen usw. Die Gesamtschuldenlast des deutschen Volkes beläuft sich auf rund 800 Milliarden. Die Lösung der Steuerfrage ist somit das wichtigste Problem der deutschen Wirtschaft. Ueber die Frage, ob die rückständigen Steuern für 1920 niedergeschlagen werden können, wird die Entscheidung in diesen Tagen fallen. Milderung der Steuern für die höheren Einkommenklassen kommen aber nicht in Frage. Eine starke direkte Steuerbelastung greift die Konsumkraft des Volkes so an, daß von indirekten Steuern keine Rede mehr sein kann. Wir werden uns daher in kurzem aufs neue mit der Steuerfrage beschäftigen müssen und ich hoffe, alsdann einen opferbereiten Reichstag zu finden.

Abg. Dr. Hertz (Unabh.) richtet neue Angriffe gegen den Abg. van den Kerkhoff und behauptet, daß das Disziplinarverfahren gegen einen höheren Beamten des Wirtschaftsministeriums absichtlich im Interesse Kerkhoffs verschleppt wird. Ist es richtig, daß, wie am Niederrhein behauptet wird, Finanzbeamte gegen Bezahlung falsche Steuererklärungen anfertigen? — Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärt, daß er zum Abbau der Besitzsteuern niemals die Hand bieten werde. Er werde vor niemanden Halt machen, wenn es sich um die Aufklärung steuerlicher Angelegenheiten handele. Wir müssen aber heraus aus der öffentlichen Erörterung einzelner Fälle, solange sie nicht durch steuerliche oder Gerichtsbehörden abgeschlossen sind. Gegen Erzberger ist ein Strafbescheid nie ergangen. Die Strafbescheide in der Angelegenheit Gruisser haben dem Finanzministerium nicht unterstanden. Keinem Staatsbeamten kann es verwehrt werden, sein Glück in der Privatindustrie zu suchen. — Abg. Heile (Dem.) führt Beschwerde darüber, daß Kriegsteilnehmer jetzt auch die Steuern für die Kriegszeit nachzahlen sollen. Der Umfang des Amtsbereiches der neuen Finanzämter ist zu groß. — Abg. Düwell (Komm.): Immer verschwinden Akten, wenn es sich um die Deutschnationalen handelt. — Abg. Keil (Soz.): Helfferich hat in seiner Zeit als Staatssekretär und Vizekanzler nicht einen Pfennig an direkten Steuern erhoben. — Abg. Schultz-Bromberg (Deutschnatl.): Die Staatsanwaltschaft hat ohne Genehmigung des Reichstages die sämtlichen Sachen des Abg. Kerkhoff versiegelt, so daß er vor dem Ruin stand. Das hat der Reichstag einmütig mißbilligt.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung begründet Abg. Keil (Soz.) einen Antrag, wonach auf Privatdienstvertrag Angestellte nicht entlassen werden sollen. — Der sozialdemokratische Antrag wird insoweit angenommen, als er bei der Entlassung eine Reihenfolge nach bestimmten Grundsätzen (zunächst Unverheiratete usw.) fordert. Der Haushaltsplan für das Reichsfinanzministerium wird erledigt.

Es folgt das Reichsverkehrsministerium. (Abteilung für Wasserstraßen.) Angenommen wird eine Entschließung, wonach die Beamten der zu übernehmenden Wasserbauverwaltung ebenso gestellt werden sollen, wie die gleichartigen Reichsbeamten.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch: Erhöhung der Postgebühren, Entlastung der Gerichte. Kleine Vorlagen.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates teilte der Vorsitzende Edler von Braun mit, daß das Kabinett die Frage der Etatisierung des Reichswirtschaftsrates in bejahendem Sinne beschieden habe und daß ferner der Reichswirtschaftsrat in absehbarer Zeit über ein eigenes Heim verfügen werde. Darauf trat das Haus in die 2. Beratung des Reichsnotgesetzes ein, das in der Fassung der ersten Lesung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich dann mit dem Antrag des Verkehrsausschusses auf Aufhebung der Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs für Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen. Dieser Antrag wurde schließlich mit einem Abänderungsantrag Dr. Thyssen und Genossen angenommen, womit die Tagesordnung erledigt war.

Die neue Politik Amerikas.

„Philadelphia Public Ledger" zufolge setzte Harding die Botschafter Geddes und Jusserand in Kenntnis, daß nichts gewonnen werden kann, wenn die alliierten Mächte versuchten, die Vereinigten Staaten in den augenblicklichen Völkerbund hineinzuzwingen. Harding, Knox und andere Führer halten die Politik Wilsons gegenüber Mesopotamien und anderen Mandaten aufrecht. Die Gaunerei mit Jap müsse ungeschehen gemacht werden. Was die Reparationsfrage anbelange, so bestehe keinerlei Aussicht auf irgendwelche militärische Hilfe von Seiten Amerikas.

Die Vergewaltigung Oesterreichs durch die Sieger.

(TU) Aus Paris wurde der österreichischen Regierung die Möglichkeit angekündigt, daß, wenn sie auf ihrer Weigerung beharre, die von den Nachfolgestaaten beanspruchten 65 Millionen Goldkronen an die Liquidatoren der Oesterreichisch-Ungarischen Bank auszufolgen, alle Hilfsaktionen für Oesterreich eingestellt würden. Darauf verständigte die österreichische Regierung die Wiedergutmachungskommission in Paris, daß sie bereit sei, dieser Forderung Folge zu leisten, wenn die Sicherheit bestände, daß das Geld nicht ausgeführt und nicht darüber verfügt würde, bevor das nach dem Bankstatut zuständige Gericht oder ein neutrales Schiedsgericht die strittige Frage entschieden haben werde. Die österreichische Regierung setze voraus, daß bei einer Verwendung des Betrages die strittigen Fragen des Artikels 206 des Friedensvertrages durch eine kompetente Entscheidung oder durch ein Schiedsgericht nicht entschieden werden.

Der Kasseler Kommunistenprozeß.

Montag früh begann die dritte Woche des Kasseler Kommunistenprozesses. Die Verteidigung behauptet, daß der Angeklagte Ausderstraße im Gefängnis den Weg zu der Zelle des Angeklagten Harbich gefunden habe und diesem 200 Mark anbot für den Fall, daß er alle Schuld auf die Kommunistische Partei abwälze. In Wirklichkeit, so legt der Verteidiger dar, habe Ausderstraße den Angeklagten Harbich veranlaßt, das bei diesem gefundene Material anzufertigen. Dann habe er ihm der Staatsanwaltschaft ausgeliefert. Ausderstraße bestreitet, ein Spitzel gewesen zu sein, gibt aber im Verlaufe eines neuen Verhörs durch den Staatsanwalt und den Verteidiger zu, 500 Mark seiner Barschaft in Höhe von 2000 Mark von einem gewissen Vollmar, vermutlich im Auftrage der kommunistischen Parteileitung empfangen zu haben. Die restlichen 500 Mark sollen einem Möbelverkauf entstammen. Der Zeuge, der seit längerer Zeit arbeitslos ist und Erwerbslosenunterstützung bezieht, will außer Möbeln auch seine Nähmaschine und seinen Kanarienvogel verkauft haben. Der Verteidiger stellt sodann eine Reihe neuer Beweisanträge für das Vorhandensein bewaffneter Rechtsorganisationen und behauptet, daß die Reichswehr in Verbindung mit Selbstschutzorganisationen stehe. Der militärische Beisitzer erklärte dazu, daß alles Material, auf das sich die Verteidigung stütze, veraltet sei. Das heutige Reichsheer greife bei inneren Unruhen nur auf Hilferufe der Regierung ein, wenn die Polizei nicht ausreiche und zwar ganz gleich, ob gegen rechts oder links. Das Reichsheer sei keine Polizei. Der Verteidiger will ferner nachgewiesen haben, daß Hauptmann von Kessel Stoßtrupps eingerichtet hat. Der Staatsanwalt erklärt dann den angeblichen Befehl einer Münchener Alarmkompagnie, alle sozialistischen Streikführer zu erschießen, für die Erfindung eines Spaßvogels, der ein Münchener radikales Blatt auf die Probe stellen wollte. Das Blatt sei auch auf den Schwindel hereingefallen und die vollkommen aus der Luft gegriffene krasse Behauptung sei dann in alle Welt gegangen. Am Mittwoch soll noch die Frau des Zeugen Ausderstraße vernommen werden. Der Vorsitzende ist überzeugt, daß der Prozeß am Donnerstag, spätestens aber am Freitag, zum Urteilsspruch gelangt.

Der erste Kapp-Putsch-Prozeß in Breslau.

Montag vormittag 9 Uhr begann vor der 2. Strafkammer des Breslauer Landgerichts der Prozeß gegen den Offiziersstellvertreter Max Walter, den Oberjäger Wilhelm Bißkup und den Unteroffizier Martin Pretzke, die der schweren Körperverletzung beschuldigt werden. Am 15. März vor. Js. besetzte aus Anlaß des Kappunternehmens außer anderen Truppenteilen auch das Freikorps Aulock die Stadt. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung sowie anschließend auch zur Verhinderung politischer Gegenbewegungen wurden in der Zeit vom 15. bis 18. März zahlreiche Personen festgenommen, die durch den Besitz von Waffen, Beseitigung von Anschlägen der neuen Regierung oder von Zetteln, ferner durch mißhilligende Aeußerungen usw., in den Verdacht entgegenstrebender Betätigungen der politischen Gegnerschaft geraten waren. Die Festgenommenen waren mehrfach Mißhandlungen verschiedenster Art ausgesetzt. Sie wurden hauptsächlich von Angehörigen des Freikorps Aulock, aber auch von anderen im Generalkommando untergebrachten Truppenteilen mit Faustschlägen und Fußtritten, sowie mit Stöcken, Kochgeschirren, Stahlhelmen, Lederkoppeln, Handgranaten, Seitengewehren, Gewehrkolben, Artilleriepeitschen, Gummiknüppeln usw. in rohester und unbarmherzigster Weise mißhandelt. Den Höhepunkt erreichten diese Mißhandlungen in der Wachtstube und im Gefangenenraum selbst. Nachdem die Mißhandlungen zunächst in der Wachtstube in der gleichen Weise fortgesetzt und sogar noch gesteigert worden waren, begann im Gefangenenraum, von einzelnen Offizieren und Mannschaften „Folterkammer" genannt, ein systematisches Quälen der Festgenommenen in physischer und psychischer Beziehung. So wurden sie gezwungen, mit dem Gesicht gegen die Wand in unbeweglicher Haltung bis zu 12 Stunden und darüber zu stehen, wobei ihnen außerdem zur Erhöhung ihrer Qualen die Gewährung von Trinkwasser und die Möglichkeit des Austretens verweigert wurde. Außerdem wurde ihnen wiederholt unter Hohngelächter und Spott die bevorstehende Vollziehung des angeblich gegen sie ergangenen Todesurteils angedroht. Dabei wurden auch hier die Mißhandlungen fortwährend in der geschilderten Weise fortgesetzt. Nach der Anklage bestätigen sämtliche Zeugen diese Darstellung. Die Beschuldigten sind von zahlreichen Zeugen mit vollster Bestimmtheit wieder erkannt worden. Während der Verhandlungstage ist auf Anordnung des Landgerichtspräsidenten zur Aufrechterhaltung der Ordnung das Landgerichts- und Amtsgerichtsgebäude durch Polizeimannschaften streng abgesperrt.

Kleine Nachrichten.

Der Staatshaushaltsausschuß des bayrischen Landtages sprach sich gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Parteien für die Vorschläge der Regierung auf Umwandelung des Bayernwerkes in eine Aktiengesellschaft aus.

Der sächsische Minister des Innern hat sämtlichen Beamten die Teilnahme an den Orgeschvereinigungen verboten

Westfalen und Rheinland.

Reichsknappschaftsgesetz-Entwurf.

Die Sozialversicherung der Bergarbeiter auf neuer Grundlage.

Kamen, 2. März. Seit Jahrzehnten hat die Bergarbeiterschaft den Ruf nach einem Reichs-Knappschaftsgesetz erhoben, aber trotz mancherlei Anläufe blieb das Einigungswerk in den vorbereitenden Ausschüssen stecken. Jahr um Jahr ging dahin. Jetzt sind alle Widerstände soweit überwunden, daß ein fertiger Gesetzentwurf, der 13 Abschnitte umfaßt, vorliegt. Der Gesetzentwurf stellt die Sozialversicherung der Bergarbeiter auf eine neue Grundlage. Im nachstehenden geben wir die wesentlichsten Bestimmungen wieder:

Die §§ 1 und 2 bestimmen: Die auf den Bergwerken oder sonstigen knappschaftspflichtigen Werken, sowie die im Dienst des Reichsknappschaftsvereins oder der Bezirksknappschaftsvereine beschäftigten Arbeitnehmer unterliegen der knappschaftlichen Versicherung. Knappschaftspflichtig sind alle Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch gewonnen werden. Knappschaftspflichtig sind auch Aufbereitungsanstalten und solche Betriebsanlagen, die als Nebenbetriebe eines knappschaftlichen Werkes mit diesem in Zusammenhang stehen. Der zweite Abschnitt legt den Gegenstand der Versicherung wie folgt fest: Gegenstand der Versicherung sind knappschaftliche Invalidenpensionen und knappschaftliche Hinterbliebenenunterstützungen, sowie die Leistungen der reichsgesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung mit Ausnahme der Unfallordnung. Träger der Versicherung ist der Reichsknappschaftsverein, der sämtliche oben genannten knappschaftspflichtigen Werke umfaßt und der sich in Unterabteilungen gliedert. Die Bezirksvereine oder Kassen haben als Mindestleistungen die im zweiten Buch der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen Regelleistungen der Krankenkassen zu gewähren.

Die Leistungen, die in dem Gesetzentwurf vorgesehen sind, sind folgende: 1. Eine Invalidenpension der Knappschaftsinvaliden; 2. eine Pension für die Witwe auf Lebenszeit oder bis zur Wiederverheiratung; eine Beihilfe zur Erziehung der Kinder verstorbener Mitglieder und Knappschaftsinvaliden bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres; ein Beitrag zu den Begräbniskosten der Knappschaftsinvaliden.

Der sechste Abschnitt des Entwurfes behandelt die Versicherung der Angestellten. Hierbei ist vorgesehen, daß der Reichsknappschaftsverein als Träger der Angestelltenversicherung die in dem Versicherungsgesetz für Angestellte vorgeschriebenen Leistungen gewährt. Der zehnte Abschnitt (§§ 76—103) bestimmt die Verfassung des Reichsknappschaftsvereins, der Bezirksknappschaftsvereine und der besonderen Krankenkassen. Die Verwaltung der Bezirksknappschaftsvereine ist dem Bezirksvorstand unter Beteiligung der Knappschaftsältesten übertragen. Der 13. Abschnitt beschäftigt sich mit Feststellung der Leistungen.

*

Kamen, 2. März. **(Verschiedenes.)** Von großer Bedeutung für Industrie und Handel ist eine jüngst ergangene Entscheidung des Reichsgerichts über den Einwand der **Unmöglichkeit der Erfüllung von Lieferungsverträgen** infolge Beschlagnahme der zur Herstellung von verkauften Waren erforderlichen Rohstoffe. Der Fabrikant, so sagt das Reichsgericht, der sich zur Lieferung von Erzeugnissen seiner Fabrik zu einer Zeit verpflichtet, in der er mit der Einschränkung des freien Verkehrs in den zur Herstellung dieser Waren erforderlichen Rohstoffen rechnen muß, verletzt die im Verkehr erforderliche Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns, wenn er bei dem Abschlusse der Kaufverträge weder die Ware noch die nötigen Rohstoffe auf Lager oder sich wenigstens derart gesichert hat, daß er jederzeit darüber verfügen kann, und er handelt auf eigene Gefahr, wenn er sich auf Deckungskäufe mit Dritten verläßt, obwohl er sich sagen muß, daß diese möglicherweise durch behördliche Maßnahmen, insbesondere durch Beschlagnahmeverfügungen außerstande sein werden, ihrer Lieferpflicht nachzukommen. Mag auch der Abschluß von Deckungskäufen zu sofortiger Lieferung an sich nicht üblich sein, mag auch das hier von dem Fabrikanten eingeschlagene Verfahren, Rohstoffe auf monatliche Lieferungen einzukaufen, den üblichen Gepflogenheiten und einer vernünftigen Betriebsweise entsprechen, und mag auch einer Fabrik im allgemeinen nicht zugemutet werden können, daß sie für alle Aufträge, die sie übernimmt, die Rohware vorrätig hat, so folgt aus diesen für Friedensverhältnisse zutreffenden Erwägungen doch nicht, daß im vorliegenden Falle (es handelte sich hier um im September und November 1914 getätigte Abschlüsse auf Lederlieferungen) der Fabrikant von jedem Verschulden freizusprechen ist und sich auf die infolge der Beschlagnahme der Rohstoffe eingetretene Lieferungsunmöglichkeit berufen kann. Der Fabrikant handelt auf eigene Gefahr, wenn er sich in der Kriegszeit unbedingt zur Lieferung verpflichtet, obwohl er deren Unmöglichkeit infolge behördlicher Maßnahmen voraussehen mußte. — Daraus folgt, daß der Fabrikant seinem Abkäufer wegen der nicht erfolgten Lieferung zum Schadensersatz verpflichtet ist. (Aktenzeichen: III. 208/19. — 7. 1. 21.)

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für:		am 28. Februar	am 15. Februar	am 1. Februar
Holland	100 Fl.	2140 Mk.	2025 Mk.	2250 Mk.
Schweden	100 Kr.	1402 „	1334 „	1465 „
Schweiz	100 Fr.	1037 „	985 „	1072 „
Frankreich	100 Fr.	448 „	433 „	453 „
England	1 Pfd. St.	243 „	232 „	245 „
Amerika	1 Dollar	62.80 „	59,90 „	67 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich. 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

(Teilnahme an Demonstrationen innerhalb der Arbeitszeit Grund zu fristloser Entlassung.) Bei einer Remscheider Firma hatte sich ein Arbeiter am 16. November an einer Demonstrationsversammlung der Belegschaft, die innerhalb der Arbeitszeit stattfand, beteiligt; daraufhin wurde er, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß er bei einer Demonstration vorher bereits eine führende Rolle gespielt hatte, am 26. November von der Werksleitung fristlos entlassen. Der Arbeiter erhob daraufhin Feststellungsklage beim Gewerbegericht, daß die Werksleitung nicht zu der fristlosen Entlassung berechtigt sei. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht wurde von den Vertretern der Werksleitung und des Arbeitgeberverbandes geltend gemacht, daß in der Teilnahme an einer solchen Demonstration ein unbefugtes Verlassen der Arbeit zu erblicken sei, das gemäß Paragraph 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung die Werksleitung zu sofortiger fristloser Entlassung berechtige. Der Einwand des Gewerkschaftsvertreters, daß das Herausgreifen eines Einzelnen aus der Gesamtheit der Demonstrierenden eine unbillige Härte darstelle, wurde von dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes mit dem Hinweis daraufhin bekämpft, daß das Gewerbegericht nicht über Billigkeit und Unbilligkeit zu befinden hätte, sondern lediglich über die reine Rechtsfrage. Das Gewerbegericht wies die Klage des Arbeiters ab.

(TBD) **Hamm**, 2. März. **(Ganz wie im Kino.)** Ein Detektivschauspiel, wie es die Phantasie eines Kinoregisseurs kaum aufsehenerregender und sensationeller erfinden kann, spielte sich, wie man dem „Westf. Anz." schreibt, nicht auf der Filmleinwand, sondern im Mittelpunkte Hamms ab. Eine feingekleidete Frauensperson, die bei einem schweren Diebstahl ertappt worden war, flüchtete, von einer Anzahl Verfolger bedrängt, die Kleine Weststraße hinauf und suchte hier in einem Hause zu verschwinden. Die Verfolger blieben ihr aber auf den Fersen und entdeckten sie in einem Zimmer des dritten Stocks. Ehe aber die Verfolger Zeit fanden, zuzugreifen, hatte die Frauensperson sich aus dem Fenster geschwungen und kletterte nun aus der schwindelnden Höhe an der Dachrinne hinab auf das Dach eines Nebengebäudes und von dort in den Hof. Sie lief sich schließlich aber in einer Gasse fest, aus der man sie mit einer Leiter herausholte. Die Diebin entpuppte sich auf der Polizeiwache als eine verheiratete Frau, Mutter von fünf Kindern, aus einem Nachbarorte.

Werl, 1. März. **(Kampf im Gerichtssaal.)** Der auch vom Wuchergericht mehrmals vorbestrafte Händler Franz Seite aus Westbüderich stand mit dem Arbeiter Jakob Stein, jetzt in Werl, in der Anklagebank zu Dortmund, um sich wegen Schleichhandels mit Getreide, Entziehung des beschlagnahmten Getreides aus dem amtlichen Gewahrsam und Bedrohung des Gemeindevorstehers Kook in Niederbergstraße zu verantworten. S. hat im Jahre 1918 bei St. Quentin den linken Arm verloren, ist verschüttet gewesen und so nervös, daß er mitunter recht böse Anfälle bekommen soll, in denen er sich vor Wut nicht auskennt. Als die Zeugenvernehmung beginnen sollte, bekam Seite einen Wutanfall, der sich gegen die Justizwachtmeister richtete. Nur mit Mühe konnte Seite beruhigt werden, wobei der Vater des Seite wesentliche Hilfe leistete. Bei dem Kampf mit Seite wurde die Saaltür stark beschädigt. Das Gericht brach die Verhandlung ab. Seite soll auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Dortmund, 1. März. **(Stadtverordneten-Sitzung.)** Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung teilt der Vorsitzende mit, daß eine Aussprache über die Richtlinien, die bei Vergebung von Arbeiten und Aufträgen des städtischen Elektrizitätswerkes maßgebend gewesen sind, versehentlich nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Es ist sofort ein siebengliedriger Ausschuß eingesetzt worden, der bereits zusammengetreten ist. Der Magistrat legt Wert darauf, daß die Angelegenheit Döpke nicht besprochen werde, bevor der Ausschuß seine Tätigkeit beendet hat. Der Ausschuß hofft in etwa acht Tagen in der Sitzung den Stadtverordneten Bericht erstatten zu können. Der Antrag des Zentrums, die Abgabe für die Straßenzuglokomotiven zu erhöhen und die Mehreinnahmen an die am meisten unter dem Straßenzuglokomotivverkehr leidenden Hauserbesitzer zu verteilen, wurde einem besonderen Ausschuß zur Prüfung überwiesen. Die Anträge auf Erhöhung des Ausgleichszuschlags an städtische Beamte, Angestellte und für die Lehrer wurden genehmigt. Die Vorlagen erfordern einen Aufwand von insgesamt 1½ Millionen Mark. Bei Besprechung des Haushaltsplanes der Polizei teilt der Magistrat mit, der ursprüngliche Termin zur Verstaatlichung der Polizei zum 1. April werde nicht eingehalten. Wahrscheinlich wird sie am 1. Juli zur Verstaatlichung kommen. Es finde Mitte März eine Verhandlung zwischen der Regierung und den Gemeinden über die Verstaatlichung der Polizei im Industriebezirk statt.

(TU) **Dortmund**, 1. März. **(Lohnbewegung der Transportarbeiter.)** Die kürzlich abgeschlossene Bewegung der Transportarbeiter in der Lebensmittelgrossistenbranche in den Städten Dortmund, Essen, Mülheim-Ruhr und Duisburg ist nur insofern erledigt, als die Lohnfrage geklärt ist. Ueber die Regelung der Bezahlung der Ueberarbeit schweben noch Verhandlungen. Führen diese zu keinem endgültigen Ergebnis, so kann auch hier damit gerechnet werden, daß in einigen Wochen ein Streik in dieser Branche ausbricht, wodurch die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet gefährdet wird. Die Transportarbeiter im Wuppertal haben ihren Lohntarif gekündigt und neue Forderungen gestellt. Der augenblickliche Wochenlohn beträgt durchschnittlich 300 M. Es wird ein Lohnaufschlag von 25 bis 30 M. pro Woche verlangt. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben zu keinem Resultat geführt, sodaß der Reichs- und Staatskommissar Mehlich in Dortmund zur Vermittlung angerufen worden ist.

+ **Lüdenscheid**, 1. März. **(Erschossen.)** Der Bergmann A. wurde vorvergangene Nacht von einem Kostgänger erschossen. In der Familie haben Streitigkeiten und Eifersüchteleien anscheinend stattgefunden. — Weiter wird berichtet: In der Familie Adamzewski kam es seit längerer Zeit häufig zu Streitigkeiten und ehelichen Zerwürfnissen, wobei die Kostgängerfrage, wie so häufig, eine Rolle spielte. Der Arbeiter Jusczak aus Hörde war bis zum Herbst v. Js. 1½ Jahre Kostgänger in der Familie, hat aber noch nachher in derselben verkehrt. In vorvergangener Nacht hat A. wieder ausgetrieben; der auch anwesende S. hat wohl Hülfe leisten wollen, hierbei zur Schußwaffe gegriffen und den A. erschossen. Er hat dann sofort die Flucht ergriffen und konnte bisher nicht gefaßt werden. Die Leiche ist in die Leichenhalle nach Brüninghausen geschafft worden. Sofort eingeleitete Verhandlungen sind der Staatsanwaltschaft in Dortmund übermittelt.

(TBD) **Iserlohn**, 1. März. **(Ein neuer Weg zur Hebung des Wohnungsbaues.)** Die Betriebsräte sämtlicher Werke von Menden, Hüingen und Röbinghausen haben im Einverständnis mit der Baugenossenschaft „Eigenheim" beschlossen, in allen Betrieben eine Sonderarbeitsstunde einzuführen, deren Ertrag der genannten Genossenschaft für die Zwecke des Wohnungsbaues überwiesen werden soll, unter der Voraussetzung, daß von den Werken die gleiche Summe beigesteuert wird. Auf diese Weise hofft man innerhalb 25 Wochen einschließlich der Beiträge der Unternehmer 600 000 Mark zur Verfügung zu haben.

(TBD) **Herford**, 1. März. **(Eine kommunalisierte Zeche.)** Die Stadtverordneten hatten es abgelehnt, die von der kommunalisierten Zeche Kirchdornberg geforderte neue Zubuße von 40 000 Mark zu bewilligen. Ein Antrag der Herforder Vertreter in der Gewerkenversammlung der Zeche, das Unternehmen zu verkaufen, wurde abgelehnt, weil man hofft, in allernächster Zeit Klarheit über die Ertragswürdigkeit der Zeche zu erlangen.

Minden, 1. März. **Bei den Getreideexpeditionen** im Regierungsbezirk Minden wurden große Mengen Getreide vorgefunden, die nicht

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

64. Fortsetzung.

Wie immer saß Dagmar zu Füßen der alten Dame und faßte ihre Hände.

„Mutterle, Lotte hat mir gesagt, es geht um Ralfs Glück. Ich bin so sehr in Angst um ihn. Du siehst so blaß und ernst aus. Was hast du mir zu sagen?"

Die alte Dame sah voll verklärter Güte in Dagmars Gesicht.

„Ja, mein Töchterchen, ich habe dir etwas sehr Ernstes zu sagen. Ralf ist verreist. Kurze Zeit nach euch ist er abgefahren. Seine Koffer sind schon gestern zum Bahnhof gebracht worden."

Wie unter einem Schlag zuckte Dagmar zusammen. Also hatte ihre Mutter gestern doch recht gesehen.

„Ralf ist verreist? Und so plötzlich?" stieß sie heiser hervor.

„Er plant es schon seit einer Woche fast, Dagmar."

„Und er hat mir nichts davon gesagt?" sagte die junge Frau tonlos und zitternd.

In Frau Jansens Seele wurde es immer heller.

„Nein, sagte sie, „er wollte sich und dir den Abschied ersparen — er fürchtete sich davor. Denn siehst du, Töchterchen, er ist nicht nur für kurze Zeit verreist, sondern für lange, sehr lange. Eine Reise um die Welt will er machen."

Dagmar wurde totenblaß. Ihre Hand griff nach dem Herzen, und ein schluchzendes Stöhnen kam über ihre Lippen. Die Kehle war ihr wie zugeschnürt, und sie sank haltlos, wie zu Tode getroffen, zusammen.

Frau Jansen froh und doch in sichtlicher Erregung, daß sie Dagmar so wehe tun mußte, ließ ihre Augen nicht von ihr. Endlich richtete sich Dagmar, langsam um sich tastend, auf.

„Er ist fort — eine Reise um die Welt — und ohne Abschied von mir — ohne ein Wort — Mutter — ach Mutter", stöhnte sie, und sie flog vor Erregung am ganzen Körper.

„Er meinte wohl, es sei besser für dich, mein Töchterchen, er wollte es dir leicht machen. Und ich durfte dir nichts sagen, bis er abgereist war. Er konnte es nicht mehr ertragen."

Mit starren, leeren Augen sah Dagmar vor sich hin und preßte die Hände an die Schläfen.

„Er konnte es nicht mehr ertragen", murmelten ihre Lippen. Und dann umklammerte sie plötzlich die Knie der alten Dame und barg verzweifelt das Gesicht in ihrem Schoß.

„Mutterle — ach Mutterle — ich habe ihn verloren, er liebt mich nicht mehr. Das ist ein Abschied für immer. Ich habe mein Glück versäumt — habe es zu spät erkannt", sagte sie tonlos, wie gebrochen.

In Frau Jansens Augen leuchtete ein wundersames Licht. Sie streichelte sanft über Dagmars Haar.

„Ach, ihr heißblütigen, unruhigen, jungen Menschen. Das muß immer gleich durch alle Höhen und Tiefen gehen. Mir scheint doch, daß mein Bibble in seiner schmerzlichen Ungeduld zu früh davongelaufen ist. Warte ein wenig, mein Töchterchen, ehe du dir das Herz aus der Brust grämst. Zwar freut mich dein Jammer, deine Verzweiflung, weil es meinem Bibble gilt. Aber ich will dir gleich ein Pflaster auf die Wunde legen. Du bist im Irrtum über den Grund zu seinem Davonlaufen, wie auch er im Irrtum ist. Da habe ich einen Brief an dich von Ralf. Den lies erst einmal. Vielleicht hat es dann noch ein bissel Zeit mit der Verzweiflung."

Dagmar richtete sich jäh empor und schüttelte trostlos den Kopf.

„Nein, nein, Mutter, ich habe es ja gefühlt in der letzten Zeit, daß ich seine Liebe verloren habe. Zu spät habe ich ihm mein Herz zugewandt. Nun will er es nicht mehr."

Dagmar war so verzweifelt, daß sie nur immer wie betäubt vor sich hinstarrte — keine Träne brachte ihr Erleichterung.

Da streichelte Frau Jansen ihren Scheitel.

„Lies erst seinen Brief, Töchterchen. Dann wollen wir weitersehen. Vielleicht kommst du doch auf eine andere Meinung. Bleib ruhig hier sitzen, ich störe dich nicht."

Mit zitternden Händen griff Dagmar nach dem Brief und riß ihn auf. Sie entfaltete ihn und las:

„Meine liebe Dagmar! Wenn du diesen Brief in deinen Händen hältst, bin ich von Berndorf geflohen, hinaus in die Welt. Ich habe mich für stärker gehalten, als ich dich bat, meine Frau zu werden, auch wenn du mich nicht liebst, und dein Herz einem andern gehört. Damals war es wohl auch die Angst um deine Zukunft. Ich glaubte, alles eher ertragen zu können, als dich einem sorgenvollen Schicksal ausgeliefert zu sehen. Aber schon in unsrer Brautzeit merkte ich, daß ich meine Kräfte überschätzt hatte. Ich lag ohne Unterlaß in einem harten Kampf mit mir selbst, um dir scheinbar ruhig begegnen zu können, dich mit meiner sehnsüchtigen Leidenschaft nicht zu erschrecken. Im Stillen hoffte ich damals freilich noch, dein Herz könnte sich von Baron Korff abwenden und sich mir zu eigen geben. Aber ich mußte bald erkennen, daß es nicht der Fall war. Ich habe gesehen und gefühlt, wie du gelitten hast, wenn du ihm begegnetest, und ich litt Folterqualen der Eifersucht.

Dann wurdest du meine Frau. An unserem Hochzeitstage hatte ich noch einmal hoffnungsvolle Stunden. Mir war, als seiest du mir näher gekommen, und meine Glückseligkeit war groß. Aber am nächsten Morgen in Köln, da wurde mir die Gewißheit, daß ich nichts zu hoffen hatte. Ich sah dich mit Korff in der Vorhalle des Hotels sprechen und mußte dann ansehen, wie dir die Tränen des Schmerzes über die Wangen flossen. Du littest, weil er einer anderen gehörte, und ich litt um dich. Ich wußte, du würdest ihn nie vergessen.

Und dabei wuchs meine hoffnungslose Liebe von Tag zu Tag, sie durchdrang mein ganzes Sein. Und ich mußte mich dir kühl und zurückhaltend zeigen, damit ich die Herrschaft über mich nicht verlor.

Als dann die Kunde vom Tode seiner jungen Frau nach Ostende kam, da wußte ich, daß ich dir nur noch ein Hindernis war auf deinem Wege zum Glück. Korff war nun wieder frei — und reich, und er liebt dich, trotz seines Treubruchs noch immer. Wie kann man auch je aufhören, dich zu lieben!

Von jener Stunde an betrachte ich mich bloß noch als Hindernis auf deinem Wege. Dich leiden sehen, wenn ich es ändern kann, das vermag ich nicht. Ich kann es auch nicht länger ertragen, als ungeliebter Gatte neben dir herzugehen. Meine Liebe zu dir ist so groß, daß mir dein Glück noch immer höher steht, als das meine. Und als ich dich neulich weinen sah, als du dich allein wähntest, da rang ich den Entschluß von meiner Seele los, dich freizugeben. Das kann ich aber nicht anders, als wenn ich heimlich, ohne Abschied von dir gehe. Draußen in der Welt verwinde ich es vielleicht eher, dich verloren zu haben — ehe ich dich besaß. Ich mache dir den Weg frei zu deinem Glück. Möge es dein Glück sein! Sage Mutter alles, wie du unsere Scheidung geregelt haben willst, wann du fortgehen willst von Berndorf, und was sonst noch geschehen soll. So lange du willst, bleibt Berndorf deine Heimat, doch kannst du auch nach Schönau gehen, bis du eine andere Heimat hast. Deine Mutter und Lotte können in Schönau bleiben, bis du ein anderes sorgloses Unterkommen für sie gefunden hast. Du brauchst nur zu bestimmen. Mutter wird mir über deine Entschließungen berichten, und ich werde alles tun, dir die Scheidung leicht zu machen. Lege alles auf meine Schultern. Und zum Schluß laß dir danken für das Vertrauen, mit dem du zu mir kamst, ich will mich dessen würdig zeigen.

Lebe wohl — und alles Gute mit dir! Niemand wird dich heißer und inniger lieben, als ich es tue. Und bereue nichts. Trotz allem ist meine Liebe zu dir das Beste und Herrlichste, was ich je empfunden habe. Was dir das Leben auch noch bringen mag — wenn du einen Menschen brauchst, der mit Gut und Blut für dich einsteht, so rufe mich. Mein Herz wird immer nur dir gehören, du bist und bleibst das Holdeste, Schönste, was mir das Leben nahegeführt, deine Reinheit, der Adel deines Empfindens haben mich stets entzückt. Quäle dich nicht mit Vorwürfen. Niemand kann seinem Herzen gebieten, und du hast mir nie mehr versprochen, als du halten konntest. Es darf wohl für keinen Menschen ein so vollkommenes Glück geben, als deine Liebe mir sein würde. Aber du bist mir dein Glück schuldig für meinen Verzicht. Vergiß das nicht. Lebe wohl, Dagmar!

Dein allzeit treu ergebener

Ralf."

Als Dagmar diesen Brief zu Ende gelesen hatte, warf sie schluchzend das Haupt in den Schoß der alten Dame. Ihre ganze Seele war im Aufruhr. Beseligt fühlte sie, daß er sie noch liebte, und daß sie ihn liebte. So lag sie eine Weile und ließ ihre Tränen strömen, Tränen des Glücks. Aber da fiel ihr plötzlich wieder ein, daß Ralf fort war. Sie sprang auf.

„Mutter, liebe Mutter, wohin ist Ralf gereist? Ich muß zu ihm, Mutter, muß ihn suchen, und wenn ich die ganze Welt durchreisen müßte."

Die alte Dame sah sie mit feuchten Augen an.

„Und was willst du ihm sagen, Töchterchen?" Dagmar umarmte sie.

„Daß ich ihn liebe, Mutter, ihn allein, mit aller Kraft und Innigkeit meines Herzens, ihn, den herrlichsten, treuesten, besten Mann. Ach, Mutterle, ich hatte so eine heiße Angst, daß er mich nicht mehr liebt. Aber gottlob — es ist nicht zu spät, wenn ich ihn nur finden kann. Sage es mir, Herzensmutter. Weit kann er noch nicht sein, ich hole ihn wohl noch ein."

Frau Jansen zog sie innig an sich.

„Also haben meine alten Augen doch besser gesehen, als seine jungen. Ja, ja — die Liebe macht oft blind. Nun — sei ganz ruhig, du wirst ihn einholen. Komm, setze dich noch ein Weilchen zu mir und höre mir zu. Ich sah meines Sohnes Glück bedroht. Da habe ich, zu seiner Heil, ein wenig Komödie gespielt. Er wollte ja nicht hören, der Heißsporn, und wollte durchaus davonlaufen. Den Brief solltest du erst haben, wenn du heute von Schönau zurückkämst. So habe ich die Lotte angestellt, dich gleich zurückzubringen. Und nun habe ich dich gegen seinen Willen, den Brief früher gegeben, als er wünschte. Seine Koffer sind zwar fort, aber er selbst ist noch hier — unten in seinem Arbeitszimmer."

(Schluß folgt.)

ordnungsgemäß abgeliefert worden waren. So wurden allein im Kreise Büren, Warburg und Höxter 60 000 Zentner Getreide erfaßt, die zum Teil beschlagnahmt wurden, da sie versteckt waren und der Ablieferung absichtlich entzogen werden sollten.

(DBC) **Gevelsberg**, 1. März. **(Mordsache van Zoest.)** In der Strafsache gegen die Ehefrau van Zoest, hier, die bekanntlich beschuldigt wird, ihren Ehemann in Mülheim mit Zyankali vergiftet zu haben, ist jetzt die Voruntersuchung abgeschlossen. Die Angeklagte, die die Tat immer noch bestreitet, wird sich demnächst wegen Gattenmordes vor dem Schwurgericht in Duisburg zu verantworten haben.

Bochum, 1. März. **An der hiesigen Bergschule** bilden sich zurzeit sechs ehemalige Offiziere (ehem. Majore und Korvettenkapitäne) nach vorheriger zweijähriger Grubenarbeit zu technischen Grubenbeamten aus.

Bochum, 1. März. **Gegen die kommunistische Mantwurfsarbeit** wendet sich der Vorstand des Alten Bergarbeiterverbandes in einer Zuschrift an die Presse, insbesondere gegen einen Aufruf des kommunistischen Ruhrecho, den er als eine Sammlung radikaler Phrasen und Uebertreibungen bezeichnet. Nach einer wirksamen Widerlegung der im Ruhrecho aufgestellten Behauptungen heißt es am Schluß der Zuschrift, an die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes könne nicht dringend genug die Mahnung gerichtet werden, mit aller Entschiedenheit den Versuchen der Kommunisten, den Verband auseinanderzureißen, Keimzellen zu bilden und besondere kommunistische Wahllisten für die Betriebsräte, Gewerbegerichts- und andere Wahlen aufzustellen, entgegenzutreten. Wer trotz aller Mahnungen den kommunistischen Draufgängern Folge leiste oder die Bestrebungen der Organisationszersplitterer fördere, versündige sich an dem Befreiungswerk der Bergarbeiterschaft.

Essen, 1. März. **(Der Wasserturmprozeß.)** Die gestrigen Verhandlungen werden mit der Vernehmung einer Reihe von Zeugen begonnen, die in unmittelbarer Nähe des Turmes wohnen und die Vorgänge mit angesehen haben. Die Aussagen gehen auseinander. Sie stimmen nur darin überein, daß nach dem Herausstecken der weißen Flagge noch geschossen wurde. Der Wachtmeister Thomes gehörte den grünen Verteidigern des Wasserturmes an und wird von der Verteidigung beschuldigt, den ihn begleitenden Rotgardisten nach der Uebergabe erschossen zu haben. Nach dem Hissen der Flagge, erklärt der Zeuge mit Bestimmtheit, ist von den Verteidigern kein Schuß mehr abgegeben worden. Thomes schildert dann, wie die Verteidiger von den Angreifern bis auf das Hemd ausgeraubt und niedergemacht wurden. Die Rotgardisten hätten sich mit einem kriegsgeheul auf die Verteidiger gestürzt und sie so unmenschlich behandelt, wie es selbst die Schwarzen im Kriege nicht mit ihren Gefangenen getan hätten. Auf die Frage, ob er beim Verlassen des Turmes noch einen Revolver bei sich gehabt habe, verweigert Thomes die Aussage. — Aus den Schilderungen des Kaufmanns Seitz von der Kurfürstenstraße geht hervor, daß es die Rotgardisten gewesen sind, die nach dem Erscheinen des weißen Tuches den Turm noch beschossen haben, während die Besatzung schon von ¼ vor 4 Uhr an so gut wie gar nicht mehr gefeuert hat. Der Zeuge bezeichnet genau die Einschlagstellen der späteren Schüsse und hat gesehen, wie die Rotgardisten die Treppe hinangestürmt sind. Die Roten hätten sich vorher teilweise schon bis an die Mauer herangearbeitet mit den Rufen: Ergebt Euch! — Die Verhandlung muß schließlich infolge Unwohlseins des Verteidigers Levy abgebrochen werden. Heute Fortsetzung.

M.-Gladbach, 1. März. **(Belgische Offiziere als Grundstücksspekulanten.)** Der Techniker Franz de Galas, Leutnant in der belgischen Armee, hat im März 1920 mehrere Grundstücke in M.-Gladbach zu 90 000 Mark erworben, die er bereits im August desselben Jahres mit einem Verdienst von 23 750 Mk. wieder veräußerte. Von dem Bürgermeister zur Zahlung der Wertzuwachssteuer aufgefordert, verweigerte der belgische Leutnant die Abgabe der Erklärung. Es genügt den Herren also nicht die Befreiung von allen direkten Steuern, wie z. B. Einkommensteuern, auch den Anspruch auf Befreiung von indirekten Steuern glauben sie erheben zu können. Bei diesem Bemühen können sie natürlich auf die Unterstützung ihrer Behörden rechnen.

Düsseldorf, 1. März. **(Der Einkommensabzug der Kriegssteuern.)** Die Firma Jürgens u. Prinzen in Goch war für das Jahr 1918 zu 232 400 Mk. und 1919 zu 190 080 Mark Gemeindeeinkommensteuer veranlagt worden. Hiergegen hatte sie beim Bezirksausschuß Einspruch erhoben mit dem Antrage, bei der Abrechnung des Einkommensteuerertrages die gezahlten Kriegssteuern in Abzug zu bringen und die Steuer dementsprechend zu ermäßigen. Die Firma stützte sich hierbei auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, wonach die Kriegssteuer als eine Verkehrssteuer anzusehen sei und daher als abzugsfähige Werbekosten zu gelten habe. Wenn die Kriegssteuer demnach bei der Berechnung der Staatseinkommensteuer in Abzug gebracht werde, dürfe sie bei der Ermittlung des gemeindesteuerlichen Einkommens nicht wieder in Ansatz gebracht werden. Der Bezirksausschuß erkannte an, daß der Abzug der Kriegssteuer bei der Berechnung der Gemeindeeinkommensteuer zulässig sei und deshalb dem Antrage der Klägerin auf Ermäßigung der Steuer stattgegeben werden müsse.

Reuß, 1. März. **(Wieder auf freiem Fuße.)** Landrat Freiherr von Lüninck ist, nachdem er sechs Wochen in Haft gesessen hat, von der Besatzungsbehörde ohne Angabe von Gründen auf freien Fuß gesetzt worden. Freiherr von Lüninck wurde bekanntlich vor kurzer Zeit wegen angeblicher Verstöße gegen die Anordnungen der Besatzungsbehörde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, im Berufungswege wurde die Strafe auf zwei Monate erhöht. Nunmehr scheint man es doch auf sechs Wochen bewenden zu lassen.)

Die Bergmannssiedlungen.

Von Professor Knipping, Geschäftsführer der Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten in Essen.

Die Ausführungen des Herrn Verbandsdirektors in einer Reihe von Zeitungen des hiesigen Bezirks nötigen zu einer Erwiderung.

Die siedlungstechnische Prüfung der neuen Bergmannswohnstätten obliegt nach den Reichsbestimmungen einer von der obersten Landesbehörde hiermit zu betrauenden Stelle. Für den hiesigen Bezirk war dies bisher der Staatskommissar und später der Verbandspräsident. Neuerdings hat der Verbandspräsident diese Aufgabe dem Verbandsdirektor übertragen. Wenn daher in dieser Hinsicht Fehler gemacht sein sollen, so hat sie nicht die Treuhandstelle, sondern die staatliche Behörde zu vertreten. Dabei kann allerdings darauf hingewiesen werden, daß bei der notwendigen beschleunigten Inangriffnahme der Bauten im ersten Jahre die Prüfung der Bauvorhaben, insbesondere an Ort und Stelle, häufig nicht in der gewünschten Weise möglich war.

Der von dem Verbandsdirektor erwähnte Sonderfall ist sogar seiner Zeit wegen der ungünstigen Lage von dem Staatskommissar und der Geschäftsführung der Treuhandstelle beanstandet und daraufhin das Darlehen zunächst abgelehnt worden. Es ist später zugestanden, nachdem der Architekt die ausdrückliche Zustimmung der Gemeindeverwaltung zum Ausdruck brachte. An anderen auch ungünstig belegenen Stellen sind auf dringende Bitten der Gemeinden mit Staats- und Gemeindezuschüssen angefangene Wohnungsbauten übernommen, letzten Endes, um die Gemeinden vor schweren finanziellen Schädigungen zu bewahren.

Heute hat sich inzwischen unter den Fachleuten die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß aus wirtschaftlichen Gründen eine Abkehr von der bisherigen Aufteilung des Baugeländes unabweislich ist. Sowohl die allgemeine Bautätigkeit mit Hilfe der Reichs-, Staats- und Gemeindezuschüsse wie auch der Bergmannswohnungsbau ist bisher von denselben Bauherren: den Genossenschaften, den Arbeitgebern und in wenigen Fällen den Gemeinden und Einzelsiedlern betrieben worden und in beiden Fällen auf ganz gleicher Grundlage. Alle weisen dieselbe Bauart auf, nämlich die Inanspruchnahme von Rohland, welches mit Hilfe neuer Straßen aufgeschlossen und weiträumig aufgeteilt wird. Nur in wenigen Fällen innerhalb des Kohlenbezirks ist, und zwar dann meist auf Drängen der Treuhandstelle, anders verfahren worden, indem alte vorhandene Straßen benutzt und die Häuser in Gruppen oder Reihen erbaut wurden.

Gerade aus diesen Erfahrungen heraus setzten bereits im Sommer vorigen Jahres die Bestrebungen der Treuhandstelle auf eine Aenderung dieser Bauweise aus wirtschaftlichen Gründen ein. Der Niederschlag zeigt sich in den im Oktober vorigen Jahres, also vor Beginn der Tätigkeit des Verbandes, herausgegebenen Richtlinien für die Tätigkeit der örtlichen Siedlungsgesellschaften. Dieselben lauten in dem hier in Frage kommenden ersten Teil folgendermaßen:

Zweck und Aufgabe der örtlichen Siedlungsgesellschaften wird es sein, in die Bautätigkeit zum Zwecke der Errichtung von Bergmannswohnungen System und Wirtschaftlichkeit hineinzubringen, insofern, als Siedlungen entstehen, deren Lage und Gesamtanordnung nach praktischen Gesichtspunkten ausgewählt sind und welche sich gut in die Landschaft einfügen und ihr zur Zierde gereichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind eine Reihe von Gesichtspunkten zu beachten, welche im folgenden aufgeführt sind.

Lage und Grunderwerb.

Bei Auswahl der örtlichen Lage muß darauf Rücksicht genommen werden, daß von der neuen Siedlung nach Möglichkeit eine größere Reihe verschiedener Schachtanlagen bequem erreicht werden kann, wodurch es den dort wohnenden Bergleuten ermöglicht ist, sich ihre Arbeitsstätten auszuwählen, sie auch nötigenfalls zu wechseln.

Einzelsiedlungen oder Siedlungen von wenigen Häusern oder Wohnungen außer Zusammenhang mit bestehender Bebauung sind dabei der Kosten wegen zu vermeiden. Es ist vielmehr der Anschluß an bestehende Ortsteile anzustreben und von der Planung großer, geschlossener, allein für Bergleute bestimmter Siedlungen möglichst Abstand zu nehmen. Ausnahmen für Eigentümer ererbten Besitzes sind zulässig.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Kostenfrage zu widmen. Die Kosten für den Grund und Boden setzen sich zusammen aus dem eigentlichen Kaufpreise des Grund und Bodens und den Anschließungskosten. Insbesondere die letzteren sind, wie alle Baukosten, heute außerordentlich hoch; dazu ist vielfach die Beschaffung der erforderlichen Baumaterialien, insbesondere der Rohrleitungen, schwierig und zeitraubend. Es genügt daher nicht, daß das Rohland billig ist, wenn für die Anschließung schwierige Verhältnisse und demgemäß hohe Kosten entstehen. Man wird praktisch den Preis des Grund und Bodens immer einschließlich der auf die Flächeneinheit umgelegten Anschließungskosten zu vergleichen haben.

Hierbei darf auf die Tatsache hingewiesen werden, daß in sämtlichen Städten und Gemeinden des Bezirks viele Kilometer anbaufähiger und mit Leitungen versehener Straßen vorhanden sind, an denen wenig oder garnicht gebaut ist. Es steht mithin baureifes Gelände in ausgedehntem Umfange zur Verfügung, für welches allerdings vielfach hohe Preise gefordert werden. Hiergegen steht jedoch das Mittel der Enteignung zur Verfügung, von dem auch Gebrauch gemacht werden kann. Außerdem werden die Besitzer derartiger Grundstücke im allgemeinen einem Verkauf unter Preisnachlaß nicht abgeneigt sein, da die Möglichkeit, an sonstige Baulustige zu guten Preisen zu verkaufen, in absehbarer Zeit kaum gegeben ist.

Die erste Aufgabe der örtlichen Siedlungsgesellschaft wird es daher sein, nach geeignetem Gelände zu suchen, welches an Grund und Bodenkosten, d. h. also, Kaufpreis zuzüglich Anschließungskosten am günstigsten ist. Sie wird die endgültige Auswahl für ihre Vorschläge an die Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten in Essen treffen können, sobald feststeht, in welchem Umfange ihr Geldmittel für das nächste Baujahr zur Verfügung gestellt werden können.

Gesamtanordnung der Siedlung.

Bei der Gesamtanordnung der Siedlung sind natürlich die neuzeitlichen Gesichtspunkte hinsichtlich Gruppierung, Lage der Bauten zur Himmelsrichtung, sowie die künstlerischen Rücksichten zu beachten, sodaß eine für die praktischen Bedürfnisse der Bewohner gut brauchbare und im Aussehen befriedigende Lösung erreicht wird.

Auch hier dürfen neben den vorgenannten Anforderungen die Rücksichten der Wirtschaftlichkeit nicht zurücktreten. Diese verlangen bei den heutigen hohen Kosten für die Straßen in Bau und Unterhaltung eine weitgehende Ausnutzung der Straßenfronten. Diese in einer Stockwerkshäufung zu suchen, wie es früher geschah, wird heute glücklicherweise meist verurteilt. Der Flachbau, d. h. das Ein- oder Zweifamilienhaus, sollten nicht verlassen werden.

Mit diesen Grundsätzen läßt es sich jedoch gut vereinigen, wenn in kleineren oder größeren Gruppen gebaut wird, wobei die Mittelhäuser als Ein- und die Endhäuser als Zweifamilienhäuser ausgebildet werden können. Neben dem wirtschaftlichen Nutzen der auf die Wohnungseinheit entfallenden geringeren Baufront und damit der geringeren Anliegerbeiträge und neben den Ersparnissen beim Bau selbst bietet die Reihenbebauung durch den größeren Schutz des einzelnen Hauses gegen Wind und Wetter und die leichtere Warmhaltung der Räume Vorteile für den Bewohner.

Bei der Gesamtanordnung spielt die Größe der Gärten eine Rolle. Man wird bei ihrer Bemessung die Höhe der Grundstückskosten, sowie den mehr oder weniger städtischen oder ländlichen Charakter der Gegend zu berücksichtigen haben. Vielfach wird es sich dabei empfehlen, bei der Gesamtplanung so zu verfahren, daß dem einzelnen Grundstück ein nicht zu großer Garten zugewiesen wird, in Berücksichtigung der Tatsache, daß nicht alle Familien einen großen Garten nötig haben und wünschen. Nötig ist dann aber, daß in der Nähe ein entsprechend großes Gelände ausgewiesen wird, welches den einzelnen Familien, die es wünschen, weiteres Land zur Ergänzung zur Verfügung zu stellen gestattet. Unter eine Größe von etwa 250 qm für den eigentlichen Hausgarten sollte jedoch ohne zwingenden Grund nicht herabgegangen werden.

Da der Verbandsdirektor den gleichen Standpunkt vertritt, steht zu hoffen, daß die neuen Grundsätze sich durch gutes Zusammenarbeiten allmählich trotz großer Widerstände auch durchsetzen lassen. In den genannten Richtlinien der Treuhandstelle ist weiter an anderer Stelle hinsichtlich der sachlichen Leitung der Siedlungsbauten folgendes gesagt, welches gleichfalls in die Richtung der guten und zweckmäßigen Ausführung unter Beachtung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte weist:

„Fachliche Leitung.

Dringend empfohlen werden muß, die Entwurfsbearbeitung und Ausführung in die Hände tüchtiger Fachleute zu legen. Die vielfach geäußerte Meinung, der Kleinwohnungsbau, insbesondere der Typenbau, verlange keine besonderen Fachkenntnisse, ist nicht richtig. Gerade die vollständige Ausnutzung des gesamten Bauwerks, die Vermeidung unnützer Räume und Flächen, die Auswahl der nach den örtlichen Verhältnissen gegebenen Konstruktionen, die richtige Gesamtanordnung unter Einhaltung der hierfür maßgebenden Gesichtspunkte und schließlich die Ausführung unter Beachtung einer soliden und technisch einwandfreien Leistung, aber auch unter Einhaltung der Wirtschaftlichkeit verlangen von der Leitung nicht nur gute Fachkenntnisse und Erfahrungen, sondern auch künstlerischen Blick und kaufmännisches Geschick. Gerade also die besten und fähigsten unserer deutschen Architekten sollten nach Möglichkeit in den Dienst der Siedlungstätigkeit für die Angehörigen des Bergbaues gestellt werden. Ueber die Mitwirkung der Architektenschaft bestehen besondere Abmachungen."

An eine Ausschaltung der Gemeinden ist hierbei nie gedacht. Im Gegenteil hat der Verfasser dieser Zeilen bei allen Gelegenheiten den Beteiligten die frühzeitige Heranziehung der Gemeinden dringend ans Herz gelegt. Die Mitgliedschaft der Gemeinden in den Bezirksgesellschaften erscheint allerdings nicht erreichbar, sofern man den Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft auch hier beibehalten will. Das entsprach bisher dem Willen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.

Diese Praxis unterscheidet sich im übrigen nicht von der Organisation in der Vergangenheit. Die Bautätigkeit ist in der Vorkriegszeit ausgeübt zum größten Teil von Privaten und Arbeitgebern und zum geringeren Teil durch gemeinnützige Genossenschaften und Bauvereine. Die gemeinnützigen Bauvereine haben in der Nachkriegszeit für die Allgemeinheit gebaut; an die Stelle der Arbeitgeber im Bergbau ist die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getreten. Es besteht also keinerlei grundsätzliche Aenderung gegenüber der Praxis der Vergangenheit, soweit die Gemeinden und ihre Mitwirkung beim Wohnungsbau in Frage kommen.

Meine Aufgabe der Gemeinden ist es stets gewesen, die Bautätigkeit durch Aufstellung geeigneter Bebauungspläne in die richtigen Bahnen zu lenken, weshalb ihnen ja auch das Recht zusteht, ausschlaggebend gehört zu werden. Dieses Recht ist, wie bereits betont, von keiner Seite angetastet. Alle Entwürfe, die bisher mit Darlehen versehen sind oder künftig versehen werden, gehen zuerst durch die Gemeinden; sie werden alsdann überprüft, früher durch eine staatliche Stelle, jetzt durch den Verbandsdirektor. Daß die Fühlungnahme mit der Gemeinde so früh wie möglich erfolgt, ist zweckmäßig und wird stets erstrebt. Da in den sachlichen Grundsätzen, wie die bereits erwähnten Richtlinien besagen, kaum Differenzen bestehen, werden sich bei der praktischen Durchführung auftretende Schwierigkeiten zweifellos gemeinsam am leichtesten überwinden lassen. Denn die sachliche Arbeit ist groß und schwierig, wenn man berücksichtigt, daß bisher etwa 5600 Bergmannswohnungen mit Darlehen versehen wurden, von denen ¼ fertig und die übrigen in allen Baustadien sind, und daß sich weitere reichlich 4000 Wohnungen in der Vorbereitung befinden, und wenn man bedenkt, daß vielfach veraltete Anschauungen und Hindernisse der verschiedensten Art bei der Durchführung überwunden werden müssen.

•

Der internationale Gewerkschaftsbund gegen die Versklavung Deutschlands.

(TU) Der internationale Gewerkschaftsbund hat durch sein Büro in Amsterdam an den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: Das Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht, erachtet es als notwendig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die an Deutschland zu stellenden Forderungen betreffend die Wiedergutmachung die Aufmerksamkeit ihrer Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben haben. Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadenvergütung durch Deutschland als notwendig und gerechtfertigt, sie protestieren aber gegen Forderungen, welche die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern und den Haß zwischen den Völkern vertiefen und die Kultur vernichten würden. Das Büro fordert von der internationalen Botschafterkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadenvergütung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolution des Londoner Kongresses.

Die Notwendigkeit der Eisenbahn-Tariferhöhungen.

(W) Im Hauptausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär Stieler vom Reichsverkehrsministerium, eine Balanzierung des Etats seines Ministeriums sei ohne erhebliche Tariferhöhungen nicht möglich. Die Erfahrung habe gezeigt, daß trotz der am 1. Dezember 1920 in Kraft getretenen Neuordnung der Gütertarife ein Verkehrsrückgang nicht eingetreten sei. Der Personenverkehr habe sich um 175 Prozent gesteigert, der Güterverkehr um 145 Prozent. Die letzten Tariferhöhungen genügten bei weitem nicht, um die Selbstkosten der Eisenbahnen zu decken. Es seien daher weitere Erhöhungen der Personen-, Gepäck-, Expreßgut- und Gütertarife unerläßlich. Die Erhöhung der Gütertarife werde am 1. April 1921, die Erhöhung der Personen-, Gepäck- und Expreßguttarife kurze Zeit später in Kraft treten. Bei diesen Tariferhöhungen veranschlage die Reichseisenbahnverwaltung die Einnahmen für 1921 im Personen- und Gepäckverkehr auf 5 Milliarden 300 Millionen Mark, im Güterverkehr auf 21½ Milliarden Mark. Der Staatssekretär berührte dann auch die Frage der Verbindung mit Ostpreußen. Durch große Zugeständnisse an Polen sei es gelungen, daß die Durchreise durch das polnische Gebiet künftighin ohne Paßdurchsicht und ohne alle Belästigungen geschehen könne. — Auf eine Anfrage erklärte der Staatssekretär, daß der Voranschlag für 1921 bereits im September letzten Jahres aufgestellt worden sei. Daraus ergebe sich in einigen Punkten eine Abänderung der jetzigen Schätzung. Die Einnahmen würden jetzt geschätzt auf 16,44 Milliarden Mark, die Ausgaben auf 30,12 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag werde voraussichtlich 13,6 Milliarden Mk. betragen.

Amerikanischer Protest gegen eine Völkerbundsentscheidung.

Dem Völkerbundrat ist eine Mitteilung der Vereinigten Staaten betreffend die Mandatfrage zugegangen. In dieser Mitteilung fordert die Regierung der Vereinigten Staaten, daß man die Pläne betreffend die Zuerteilung von Mandaten ihr mitteilen möchte, bevor sie dem Völkerbund unterbreitet werden würden. Die amerikanische Regierung habe den Text des Mandats über die vormals deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Aequators, das dem Kaiser von Japan überlassen worden sei, erhalten. Dieser Text sei vom Völkerbundrat in der Sitzung vom 17. Dezember v. Js. genehmigt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, sie habe niemals ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Insel Yap unter die dem japanischen Mandate zugewiesenen Gebiete falle. Sie erinnert daran, daß sie bereits die englische, die französische, die italienische und die japanische Regierung davon benachrichtigt habe, daß die Insel Yap notwendigerweise für die Kabelverbindungen im Stillen Ozean in Frage komme, und daß keine Macht die freie Benutzung solcher Verbindungen beschränken oder kontrollieren dürfe. Infolgedessen sehe sich die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt, zu erklären, daß sie sich durch die Bestimmung des erwähnten Mandats nicht für gebunden erachten könne. Sie lege Wert darauf, daß man von ihrem Protest gegen die am 17. Dezember in dieser Frage vom Völkerbundrat getroffenen Entscheide Kenntnis nehme.

Harding und der Völkerbund.

Der amerikanische Funkdienst verbreitet eine Zusammenstellung der Grundsätze, nach denen, wie aus seinen Reden zu schließen, der kommende Präsident der Vereinigten Staaten sich betreffs der Umbildung des Völkerbundes leiten läßt. Es sind folgende Leitsätze: 1. Ohne die Unterstützung der Führer der öffentlichen Meinung in sämtlichen bedeutenden Ländern der Welt kann keine Völkervereinigung gedeihen. 2. Diesen Führern sind nicht die Einzelheiten, sondern die breiten Grundlagen vorzulegen. Wenn man auf unwichtigen Einzelheiten des jetzigen Völkerbundgedankens besteht, ehe dessen Grundlagen angenommen sind, kann es dahin kommen, daß Bestimmungen eingeführt werden, die auf Widerspruch stoßen. Man suche sich zunächst über das Wesentliche zu verständigen. 3. Man behandle die Lehren von den internationalen Beziehungen während des ganzen Verhältnisses so, daß sie angesichts der Möglichkeit von Aenderungen in der Auffassung und Fortschritten in dem Gedanken selbst beweglich bleiben. 4. Aus dem neuen Völkerbunde sind alle Hoheitsklauseln fernzuhalten. Jedes Land muß in seinen Entschließungen frei bleiben. 5. Die internationalen Beziehungen sind auf dem Gedanken eines Weltgerichts aufzubauen, das nur über Rechtsfragen entscheiden soll, neben dem jedoch ein Völkerbund zur Beratung über Gegenstände der allgemeinen Politik bestehen soll. 6. In der Voraussetzung, daß bei der Bildung eines Völkerbundes es wesentlich ist, zuerst die Zustimmung der Hauptmächte zu erlangen, kämen, abgesehen von ihrer militärischen und seemännischen Macht als die moralischen Führer der Welt in Betracht: die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien. Diese Voraussetzung ergibt sich aus dem obigen Punkt 1, indem diese Staaten als Führer der gesitteten Welt in derselben Weise angerufen werden wie die führenden Personen in den einzelnen Ländern. 7. Ist einmal eine Uebereinstimmung unter den führenden Mächten erzielt, so werden die übrigen bald folgen. 8. Bei der Gewinnung der Hauptmächte ist Gewicht darauf zu legen, daß die Abmachung wirksam genug ist, um die Möglichkeit eines offensiven und defensiven Bündnisses der fünf Großmächte der Welt auszuschließen; der Völkerbund selbst muß alle Länder auf gleichen Fuß für die Darstellung ihrer Ansichten über Gegenstände der Weltpolitik stellen.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 2. März. **(Alter Bergarbeiter-Verband.)** Eine reichhaltige Tagesordnung hatte die Monatsversammlung der Zahlstelle Kamen I des alten Bergarbeiterverbandes am Sonntag, den 27. Februar, zu erledigen. Der Kassenbericht für den Monat Januar schloß ab in Einnahme und Ausgabe mit 5080,90 Mark, an Krankengeld wurden 529 Mark gezahlt, nach der Hauptkasse eingesandt in bar 3214,60 Mark. In der Ortskasse ist ein Bestand von 2345,63 Mark. Als Delegierter für die Generalversammlung wurde für den Bezirk 3, welcher umfaßt die Zahlstellen Kamen 1, Kamen 2, Kamen 3, Heeren und Afferde, von unserer Zahlstelle gewählt und in Vorschlag gebracht Kamerad Oswald Lepke, als Ersatzmann Oskar Gärtner, in den Wahlvorstand zur Delegiertenwahl wurden die Kameraden Niederdellmann, Kopischke und Hufemann gewählt. Ueber die Vorschläge des Verbandsvorstandes und der Bezirksleitung zur Abänderung des Verbandsstatuts setzte eine lebhafte Debatte ein, man sprach sich ganz entschieden gegen eine weitere Beitragserhöhung aus, es wurde des weiteren eine 5gliedrige Kommission gewählt, welche Abänderungsvorschläge ausarbeiten soll. Als Vertrauensmann der Tagesarbeiter wurde Kamerad Franz Heinze gewählt. Recht lebhaft sprach man sich für die Wiedereinrichtung des Gewerkschaftskartells aus, für die Vorarbeiten hierzu wurde eine 3gliedrige Kommission gewählt. Für die Aufstellung der Kandidaten für die Betriebsratswahlen auf Schacht Grillo wurde eine Kommission von 10 Kameraden gebildet, welche geeignete Kameraden in Vorschlag bringen soll. Einem schon lange krank siechenden Kameraden wurden 100 Mark aus der Lokalkasse bewilligt. Nachdem der Vertrauensmann noch auf die am 9. März stattfindenden Berggewerbegerichtsbeisitzerwahlen hingewiesen hatte, war Schluß der Versammlung.

Kamen, 2. März. **Der Turnverein „Eintracht"** begeht seinen diesjährigen vielbeliebten Theaterabend am Sonntag, den 6. März, im Vereinslokale Wilh. Reinhard (Schützenhof). Zur Aufführung gelangt das Volksstück in 3 Aufzügen (7 Verwandlungen) „Der Meineidsbauer" von Ludwig Anzengruber, sowie ein Einakter „Die Vorstandswahl". Die Pausen werden durch Couplets ausgefüllt. Die Vorbereitungen hierzu sind im vollen Gange und befinden sich die Rollen in guten Händen. Nach dem Theater findet großer Ball statt. Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Mitgliedern, im Vereinslokal W. Reinhard und Zigarrengeschäft Aug. Gorris. Vorverkaufspreis 4 Mark, an der Kasse 5,25 Mark. (Näheres in der Annonce in der Freitagnummer dieser Zeitung.)

Weddinghofen, 2. März. **Der Turnverein „Deutsche Eiche"** gibt bekannt, daß das Fest, welches in der Generalversammlung im Mai v. J. festgesetzt wurde, endgültig am 19. Juni gefeiert wird. Alle Turngenossen, Freunde und Gönner des Vereins werden schon jetzt auf das Fest hingewiesen.

Weddinghofen, 2. März. **Der Dilettanten-Verein „Deutsche Bühne"** hielt am 27. Februar 1921 seine Monatsversammlung ab. Von den anwesenden Mitgliedern wurde angeregt, zur Hebung der dramatischen Kunst diesen Sommer ein Freundschaftsfest zu veranstalten. Der Verein beabsichtigt, für jeden mitspielenden Verein je 2 Preise zu stiften. Die umliegenden Dilettantenvereine werden freundlichst um ihre Adressen gebeten. Mit dem Gegenbesuch kann bestimmt gerechnet werden. Dilettantenvereine, die gewillt sind, uns in unserm Vorhaben zu unterstützen, bitten wir, ihre Zusage zu senden an den 1. Schriftführer Wilh. Schlüter, Weddinghofen Nr. 42. Daraufhin wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden Herrn Fritz Biereg mit einem „Gut Freundschaft" geschlossen. — Näheres wird in dieser Zeitung bekanntgegeben.

Briefkasten.

H. O., Weddinghofen. Auch der verschließbare Schrank wäre für Ihren diebischen Schlafkollegen sicherlich kein Hindernis gewesen, sich Ihrer Habseligkeiten zu bemächtigen. Es wird sich also kaum ein Verschulden des Vermieters herauskonstruieren lassen. Jedenfalls würde eine Haftung des Vermieters nicht bestehen, wenn Ihr Schlafkollege das Zimmer schon vor Ihnen innehatte, also wenn bei Ihrem Einzuge kein Kleiderschrank zur Verfügung stand.

Billiges Angebot.

Ia. Speisefett		Pfd.	8.50
Ia. Schweineschmalz		„	12.00
Ia. Speck	fett und durchwachsen	„	11.75
Ia. Kernseife	Doppelst.		4.50
Ia. Transparent-Schmierseife		Pfd.	5.25
Ia. Margarine		„	9.75
Ia. Bückinge		„	3.75
Ia. Großebohnen	zum Pflanzen	„	3.50

Gebrüder Wolff.

Café Schneider, Kamen
am Bahnhof.
Haltestelle der Strassenbahn Unna und Werne.

Renoviert und mit allem Komfort ausgestattet.
Angen. Aufenthalt, auch für Gesellschaften.
Gute Weine und Liköre.
Vorzügl. Torten und erstkl. Gebäck.

Erinnerungs-Blätter deutscher Regimenter

Die Erinnerung an die unvergleichlichen Taten der deutschen Regimenter im Weltkriege soll durch Auszüge aus den amtlichen Kriegstagebüchern unter Mitwirkung des Reichsarchivs festgehalten werden. In Einzeldarstellungen der übermenschlichen Kämpfe gegen eine Welt von Feinden wird ein Quellenwerk geschaffen, welches über die einzelnen Taten des Regiments und über jeden Tag, über den täglichen Aufenthaltsort, Kampfbeteiligung, Verluste, Personalfragen usw. Kunde gibt. Durch Beifügung einer kurzen, in den Rahmen der Gesamtoperationen einführenden Schilderung und guter Uebersichtskarten werden diese Erinnerungsblätter ein wertvolles Nachschlagewerk sein **für alle, die in dem Truppenteil gefochten oder Angehörige in seinen Reihen verloren haben.**

Ueber 200 einzeln zu beziehende Hefte sind bereits in Verbreitung, etwa 1000 Regimenter haben ihre Teilnahme angemeldet. Als erste erscheinen jetzt:

Infanterie-Regiment 184
Preis 6 Mark
Fußartillerie-Regiment 9
Preis 13.10 Mark
Feldartillerie-Regiment 79
Preis 8.50 Mark.

Bestellungen auf diese erbittet wir recht bald, da die Nachfrage zweifellos eine sehr starke sein wird.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Ev. Arbeiter- u. Bürger-Verein Overberge.

Zur Teilnahme an der Beerdigung des verstorbenen Mitgliedes p1032
Heinrich Bürger
tritt der Verein **Donnerstag, den 3. März, nachmittags 2½ Uhr,** beim Wirt Schmülling an.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, den 3. d. Mts., vormittags 9 Uhr, werde ich im Pfandlokale beim Wirt Rieder hier
1 Schreibtisch
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Kamen, den 1. März 1921.
Falley,
1031 Gerichtsvollz.

Fette, gesunde
Schweine
erzielt man durch



Futter- & Beisatz
SOWA
Erhöht die Freßlust, verhindert Knochenweiche u. heilt solche in wenigen Tagen. 1043
Regelt die Verdauung, vertreibt Würmer.
Pakete à 3, 6, 14.50, 28 Mk.
Sowa-Niederlagen in Kamen:
Löwen-Drogerie, Willy Klinkmann.
H. P. Thiel, Drogerie.
Heinrich Jacobi, Germania-Drogerie.

Empfehle mich zum
Waschen und Plätten von Stärkewäsche.
Frau Carl Quellenberg,
Bergkamen,
Töddinghauserstr. 43.

Dünger-Verkauf.

Freitag, den 4. März, vormittags 10 Uhr, werde ich bei **Kranse, Altenmethler 68 /2,** einen **großen Posten Pferdedünger in kleinen Abteilungen** meistbietend zum Verkauf aussetzen. 1024
Brüninghaus.

Student ert. energischen
Unterricht
in sämtlichen realen und gymnasialen Lehrfächern.
Angebote unt. Nr. **1008** an die Geschäftsst.

Habe auf meine Grundstücke für immer p1038
Gift gelegt.
Breiten. Fr. Witte.

Elektrotechn. Installationsgeschäft
Carl Fluhme
Telephon 198 Bergkamen

Elektr. Licht- und Kraftanlagen
Elektro-Motore in jeder Spannung und Stärke ab Lager oder sofort ab Fabrik lieferbar.
— Fabrikat Simens-Schuckert. —
Sämtliche Beleuchtungskörper und Ersatzteile Osram- u. Wotan-Birnen von 10-4000 K ab Lager
Motore können im Betrieb vorgeführt werden.
Konzessioniert b. **Städt. E.-W. Dortmd., Verbands-Elk.-Werk Dortmd., Städtischem E.-W. Kamen.** 438

Empfehle prima fettes, junges 1040
Hammel-Fleisch.
Metzgerei J. Voos,
Schulstraße.

Gebrauchsfähige kupferne
Pumpe
zu verkaufen. 1005
Unnaerstraße 145.

Ein äußerst wachsamer, scharfer
Hund
zu verkaufen.
F. Schnickmann,
1033 Kaiserau.

Ein blauer p1037
Cheviot-Anzug
f. d. Alter von 17—19 Jahren zu verkaufen.
Bergkamen,
Schöllerstraße 18a.

Ein Ackerwagen
zweiżöllig, eine kleine
Centrifuge
und ein junger
Hofhund
zu verkaufen. 1029
Wasserkurl 33 A.

Suche zum 1. Mai
zwei Mädchen
für Landwirtschaft.
Wo sagt die Geschäftsstelle der Kam. Zeitung. 994

Such für sofort oder 15. 3. für leichte Arbeit ein
Mädchen
14—16 Jahre alt, für einige Stunden im Tage. 1036
Willy Klinkmann,
Löwen-Drogerie,
Weststraße 1.

Morgenmädchen
für sof. gesucht. 1025
Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Kam. Ztg.

Solider junger Mann sucht
möbl. Zimmer.
Angeb. unt. Nr. **1027** an die Geschst. d. Ztg.

Persil
wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket.
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Reinigen Färben
Umpressen
von alten Hüten 97
schnell und sehr billig.
E. Wette, Kamen,
Bahnhofstrasse 55.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen



Millionenfach bewährt. Schachtel M. 1.- Hornhaut, Schwielen, Warzen. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Germania-Drogerie H. Jacobi. 533

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)
PIANOS Flügel, Harmoniums
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit
mit Klangsteg D.R.G.M. 458 409 2te Fabrik **Berlin S 42**
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik
Hagen i. W. Bahnhofstr. 20.

Für Oberaden-Heide suchen wir sofort einen
Zeitungsboten
gegen gute Bezahlung.
Meldungen in der Geschäftsstelle der **Kamener Zeitung, Weststraße Nr. 10.**



2hochtragende
Ziegen
zu verkaufen. 1001
Wo, zu erfragen in der Geschäftsst. der Kam. Ztg.

Ein kinderloses Ehepaar sucht 996
1—2 möbl. Zimmer
Angebote unter Nr. **996** an die Geschäftsstelle d. Kamener Zeit

Zukunft!
Charakter, Eheleben, Reichtum, Glück, wird nach Astrologie, (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift einsenden. Preis 8 Mk., Nachnahme 9 Mk. Viele Dankschreiben aufzuweisen.
Schaub, Hannover,
961 Ulanenstraße 3.

Anzeigen aller Art
inseriert man **erfolgreich** in der
Kamener Zeitung.

Wir empfehlen billigst:

Ia. Wan-Eta-Kakao	Pfd.-Dose		19.50
Ia. Kakao	¼ Pfund		5.00
Ia. Backoel	Liter		15.00
Ia. Salatoel	Liter		21.50
Ia. Pflanzenbutter	Pfund		10.50
Ia. dicken, fetten Speck	Pfd.		12.90
Ia. süße Pflaumen	Pfund		4.75
Ia. Rangoon-Vollreis	Pfund		2.75
Ia. Santos-Kaffee	frisch gebr.		22.50
Ia. weiße Bohnen	Pfund		1.35
Ia. Große Bohnen	Pflanzbohnen	Pfd.	3.50
Ia. Kernseife	Doppelstück		4.75

Gebr. Sirringhaus
Weststraße 4. Hammerstraße 194

Amt Pelkum.

In der Woche vom 27. Februar bis 5. März werden in den Gemeinden Pelkum und Norddögge auf Lebensmittelausweis pro Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung 50 Gramm gute Butter und 100 Gramm Schmalz ausgegeben. Hoffende Frauen und stillende Mütter, die im Besitze eines Ausweises sind, und Kinder bis zu 2 Jahren erhalten vom 3. März ab in den Verkaufsstellen für Mutterberatung je 2 Pfund Zucker, 1½ Pfund Grieß und je 1 Paket Keks oder Zwieback. Die Verkaufsstelle in Pelkum ist nach Albert, in Wiescherhöfen nach Mersch und in Overberge nach Schmidt verlegt.

Pelkum, den 25. Februar 1921.
Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die seinerzeit von mir infolge der Maul- und Klauenseuche über die Gemeinden

1. Westtünnen,
2. Braam,
3. Haaren,
4. Ostwennemar,
5. Langschede,
6. Altendorf,
7. Unna Stadt

verhängte Ortssperre wird, da sämtliche Seuchenfälle erloschen, die Gehöftssperre aufgehoben und Neuerkrankungen nicht vorgekommen sind, mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung aufgehoben.

Hamm (Westf.), den 24. Februar 1921.
Der Landrat:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Freie Schicksalsdeutung für alle!

Nachdem ich lange Jahre als Astrolog auf Reisen war und viele tausend Personen meinen Rat einholten, habe ich mich nunmehr in Berlin niedergelassen und entschlossen, für jeden **vollständig umsonst** eine Probedeutung für sein Leben auszuarbeiten.

Meine Arbeit wird Sie in Erstaunen versetzen, kommen doch täglich Anerkennungsschreiben, die dies bestätigen.

Schreiben Sie aber sofort, ich brauche Ihren vollen Namen, sowie Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt. Angabe ob Frau, Fräulein oder Herr ist erwünscht. Geld verlange ich nicht. Sie können aber, wenn Sie wollen, 1.— Mk. für Porto und Papier mit beilegen. Nennen Sie auch diese Zeitung. 1034

Franz Moritz, Astrolog, **Berlin 19,** Schließfach 72.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 71

Sparsamkeit und Reichsbauverwaltung.

Von besonderer Seite werden uns nachstehende Ausführungen übermittelt, die an einem Einzelbeispiel das heute beliebte System „übertriebener Ausgaben" der Reichsbehörden blitzartig beleuchten.

(Ltd.) Der Verreichlichungsgedanke, der uns die Reichszoll- und Steuerbehörden, die Reichseisenbahn und noch so manches andere gebracht, hat uns vor etwa Jahresfrist auch die Reichsbauverwaltung beschert, die dem Reichsschatzministerium unterstellt ist. Die Einrichtung wäre ohne weiteres zweckmäßig und brauchbar, wenn wir im lieben deutschen Vaterlande einen Einheitsstaat hätten und wenn gebaut würde. Beides ist aber nicht der Fall. So bestehen neben der staatlichen Organisation der Reichsbauverwaltung die zahlreichen Hochbauverwaltungen der Länderregierungen, die man so lange nicht beseitigen kann, als auch die Länder noch eigene Bauaufgaben zu erfüllen haben. Bei den verhältnismäßig wenigen reichseigenen Gebäuden gibt es aber kaum etwas zu tun, besonders, wenn man bedenkt, daß die Verkehrsverwaltungen (Post- und Eisenbahn) auch für Hochbauten ihre eigenen Baubeamten besitzen. Die jammervolle Finanzlage des Reiches, die teueren Arbeitslöhne und Materialien verbieten von selbst alle größeren baulichen Maßnahmen. Man muß froh sein, wenn man das Bestehende in einem einigermaßen guten Zustande erhält; für die Dachdecker-, Tapezierer- und Anstreicherarbeiten sind aber akademische Baubeamte im allgemeinen überflüssig; hier arbeitet unser fachlich gut geschultes Handwerk praktischer und billiger. Lediglich im besetzten Gebiet und an den neuen Zollgrenzen wird vorübergehend gebaut. Es wäre also durchaus unrentabel, für diese nur wenige Jahre dauernde Bautätigkeit einen besonderen Beamtenapparat aufzuziehen. Der Staat solle sich der freien Architektenschaft bedienen, die heute größtenteils brotlos ist und sich für die notwendigste Staatsaufsicht bei diesen Bauten beschränkt.

Und wie sieht es in Wirklichkeit aus. Die Reichsbauverwaltung beschäftigt zur Zeit nicht weniger als 325 höhere (mit akademischer Vorbildung) und 619 mittlere Baubeamte, die jährlich über 20 Millionen Personalkosten beanspruchen. Im Reichsschatzministerium selbst ist eine besondere Abteilung „Reichsbauverwaltung" mit einem Ministerialdirektor an der Spitze und einem ganzen Stab von Ministerialräten gebildet worden. Trotz dieses im Verhältnis zu den Leistungen geradezu enormen Personalaufwandes denkt man in interessierten Kreisen noch an einen weiteren Ausbau dieses Instituts, natürlich nur in personeller, nicht in sachlicher Hinsicht. Hier muß endlich einmal ein Riegel vorgeschoben werden! Dort brütet der Herr Reichsfinanzminister über neue Steuerprobleme und dreht die Steuerschraube immer noch einmal um, obwohl schon die Fugen krachen und auf der anderen Seite werden Millionen nutzlos verschwendet. Die Augen auf und den Geldbeutel zu, Herr Minister, dann wird es schon besser werden.

Aus aller Welt.

— **Raubüberfall auf einen besetzten Automnibus.** Freitag abend wurde bei Strausberg unweit Berlin ein dicht besetzter Automnibus von einer bewaffneten Räuberbande überfallen und die Insassen ausgeplündert. Die bisherigen Nachforschungen ergaben, daß es sich um eine organisierte Räuberbande handeln müsse, die in der dortigen Gegend gewerbsmäßig Raubüberfälle ausführt. Tags zuvor wurde auf ein Fuhrwerk eines Produktenhändlers ein Anschlag verübt. Der Ueberfallene entkam mit knapper Not.

— **Verhaftung eines Geistlichen in einer Mordsache.** Der Hannov. Kurier berichtet: Eine hiesige Zeitung brachte die Mitteilung, daß in der rätselhaften Angelegenheit der Ermordung des Primaners Nölke und der beiden Töchter der Brasttapezierin Frau Zerneck in der Karolinenstraße außer der Frau Zerneck, die des Mordes an den Dreien verdächtig ist, auch der Kaplan Baber von der St. Godehardikirche in Linden verhaftet und das Untersuchungsverfahren gegen ihn eingeleitet ist. Die Mitteilung entspricht den Tatsachen. Die Verhaftung liegt schon mehrere Tage zurück und die Untersuchung gegen den Geistlichen richtet sich auf Anstiftung zu der schändlichen Tat. Man wird bei der Eigenart dieses Falles, in den ganz ungewöhnliche Begleitumstände hineinspielen, abzuwarten haben, was die Untersuchung ergibt. Tatsache ist aber, daß Kaplan Baber im Besitze eines Vierzipfels befunden hat, der dem Ermordeten gehörte, und daß die Untersuchungshaft gegen ihn fortdauert.

Polen war im Laufe seiner Geschichte noch nie fähig, ein haltbares Staatswesen zu gründen. Der polnische Staat mußte noch jedesmal zusammenkrachen, weil er nicht organisch entwickelt, weil er immer ein Sammelsurium der abscheulichsten Gegensätze war. Dürfen wir das Schicksal Oberschlesiens besiegeln durch unsere Teilnahmlosigkeit und den blutenden Opfersinn an einen verwesenden Kadaver knüpfen helfen? — Nein und abermals nein! In Oberschlesien wohnt Blut von unserem Blut, wir helfen!